



Thüringen ein Jahr rot-rot-grün regiert

In den ersten 12 Monaten hat Rot-Rot-Grün in Thüringen bereits viel erreicht. Ich will nur einige Beispiele nennen: Wir stellen mehr Lehrer ein, wir haben über das Bildungsfreistellungsgesetz zusätzliche Bildungsmöglichkeiten für die Beschäftigten eröffnet, wir schaffen über einen öffentlichen Beschäftigungssektor Stellen für Langzeiterweblöse, wir haben den Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus zum staatlichen Gedenktag gemacht, wir haben den Thüringer Geheimdienst in seinen Befugnissen beschnitten und können ihn stärker kontrollieren, wir haben das kommunale Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt, wir haben die Selbstbedienungsmöglichkeiten für Fraktionen eingeschränkt, wir haben die weitere Aufklärung in Sachen Rechtsterrorismus und Staatsversagen mit dem neuen NSU-Untersuchungsausschuss auf den Weg gebracht.

Die Stimme der LINKEN ist auch bundesweit deutlich zu hören. Gerade angesichts der Debatten um die Flüchtlingspolitik ist es gut tuend, zwischen politischen Scharfmachern à la Seehofer, de Maizière oder Höcke auch Vertreter der Thüringer Landesregierung mit dem Kurs einer menschenrechtsorientierten und humanitären Flüchtlingspolitik zu hören.

Susanne Hennig-Wellsov,
Vorsitzende der LINKE-Fraktion

Thüringen senkt Wahlalter auf 16 bei Kommunalwahlen

Mit Beschluss des Thüringer Landtags am 25. November hat Thüringen das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt. Dazu erklärte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsov: „Rot-Rot-Grün macht Ernst mit demokratischer Beteiligung Jugendlicher. Die Gewährung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren eröffnet ihnen endlich die Möglichkeit, über ihre Belange mitzuentcheiden, und ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung.“

Bei den 2016 anstehenden Wahlen der ehrenamtlichen Bürgermeister in den Thüringer Gemeinden wird für 16- und 17-Jährige nunmehr erstmalig die Möglichkeit bestehen, für einen Kandidaten oder eine Kandidatin die Stimme abzugeben. Damit wird den gesellschaftlichen Realitäten Rechnung getragen, dass jungen Menschen ab 16 Jahren zunehmend mehr Verantwortung abverlangt wird und ihnen daher auch entsprechende Mitbestimmungsrechte zustehen.

„Es ist widersinnig, wenn man Jugendliche für ausreichend mündig hält, strafrechtlich verantwortlich zu sein, Alkohol zu konsumieren oder einen Führerschein zu machen, ihnen aber die Teilhabe an Meinungsbildungsprozessen verwehrt – gerade

auch bei Themen, die sie direkt betreffen, wie Bildung und Kultur“, betonte Susanne Hennig-Wellsov. „Es gehört doch zu den Grundvoraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft, dass alle Menschen an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können.“ Effektiv mitwirken könne aber nur, wer auch das Wahlrecht habe.

Aktive Teilhabe auch über das Wahlrecht hinaus

Mit dem Landtagsbeschluss der rot-rot-grünen Koalition werden die Jugendlichen volljährigen Bürgern gleichgestellt und erhalten auch alle damit verbundenen Rechte und Pflichten, wie Beantragung und Unterzeichnung bei Bürgerbegehren, Stimmrecht bei Bürgerentscheiden, Mitwirkung als sachkundige Bürger in Ausschüssen des Gemeinderates und Kreistages, Mitarbeit in Wahlausschuss und Wahlvorstand sowie Mitwirkung bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen.

Kati Engel, Sprecherin für Jugendpolitik, erklärte: „Wir wollen die aktive Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung der Gesellschaft auch über die Gewährung des Wahlrechts hinaus fördern. So plant die Koalition, eine Landesstrategie Mitbestimmung zu erarbeiten, die die Initiativen auf kommunaler und Lan-

desebene zusammenfasst. Kinder- und jugendgerechte Partizipationsstrukturen sollen dadurch ausgebaut und eine dafür nötige Infrastruktur gefördert werden.“

Die für die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen nötige Fassungsänderung ist am Widerstand der CDU-Fraktion gescheitert. „Die CDU hat sich einmal mehr als Demokratieverhinderer erwiesen und durch ihre Ablehnung gezeigt, dass sie nicht bereit ist, junge Menschen als eigene Persönlichkeiten ernst zu nehmen, sondern dass sie lieber weiterhin Politik über deren Köpfe hinweg machen möchte“, so Kati Engel (*dazu auch unten stehender Beitrag*).

Die LINKE-Jugendpolitikerin hatte in der Debatte abschließend betont: „Und Sie, liebe Abgeordnete, haben jetzt die Wahl: Sie können durch ihre Zustimmung zu diesen Gesetz-Entwürfen signalisieren, dass Sie bereit sind, junge Menschen ebenfalls ernst zu nehmen, oder durch Ablehnung weiterhin Politik über deren Köpfe machen. Schlussendlich geht es hier nämlich darum, dass eine Minderheit im Land ein Gesetz verhindert, welches Thüringen demokratischer macht. Denn eine Absenkung des Wahlalters ermöglicht mehr Menschen die Teilhabe an der politischen Willensbildung und ist ein wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit im Land.“ ■

„Das ist genau der Grund, warum Sie Mitglied der CDU sind und ich bei der LINKEN“

Aus der Rede von Kati Engel in der Plenardebatte zur Absenkung des Wahlalters:

„Grundsätzlich gilt, dass in der Debatte um die Absenkung des Wahlalters an die 16- und 17-Jährigen Anforderungen gestellt werden, die bei allen anderen Wählergruppen keine Relevanz für den Zugang zur Wahl haben. Das haben auch alle Jugendverbände, die zur Anhörung eingeladen waren, so erkannt und kritisiert. Alle, bis auf einen. Der einzige Jugendverband, der sich gegen eine Absenkung des Wahlalters aussprach, war die Junge Union (JU) Thüringen. Sie ist u. a. der Auffassung, dass unterschiedliche Wahlalter bei den verschiedenen Wahlen [...] den Eindruck vermitteln, dass Kommunalwahlen minderwertiger als Landtagswahlen seien.

Hierzu sei erklärt, dass die Junge Union davon ausgeht, dass wir heute nur das Wahlalter für die Kommunalwahl senken. Für eine Änderung des



Wahlalters auf Landesebene bräuchten wir nämlich eine 2/3-Mehrheit – also auch die Stimmen der CDU –, da wir dazu die Verfassung ändern müssen. Bei diesem Argument verstehe ich zwei Dinge nicht: 1. Warum wird eine Wahl minderwertiger, an welcher mehr Leute beteiligt sind? Ist es dann nicht so, dass die andere Wahl, welche von vornherein Menschen ausschließt, die minderwertigere Wahl ist, da diese undemokratischer ist? 2. Wenn Sie, liebe CDU, ein Pro-

blem damit haben, dass durch verschiedene Mindestwahlalter auf Landes- und Kommunalebene verschiedene Wertigkeiten der Wahlen entstehen, dann stimmen Sie doch einfach der Absenkung des Wahlalters auf Landesebene zu.

Alles in allem ist die Stellungnahme der Jungen Union Thüringen sowieso ein bisschen seltsam, denn 2010 gab es schon mal eine öffentliche Anhörung zur Absenkung des Wahlalters. Die Grünen brachten einen Gesetzesentwurf ein, um das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken. Damals stand die Junge Union Thüringen noch 'etwaigen Änderungen, wie der Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen, offen gegenüber [...]'. Denn damals vertrat die Junge Union die Auffassung, 'dass auch 16-jährige durchaus die politische Reife besitzen, verantwortungsvoll mit ihrem Stimmrecht umzugehen [...]'. Das Interesse an Politik und demokratischen Prozessen eines 16-

jährigen JU-Mitgliedes unterscheidet sich mitunter kaum von dem eines 18-jährigen Mitgliedes'. Nachzulesen in einer Stellungnahme der Jungen Union Thüringen, die am 7. Juni 2010 im Thüringer Landtag einging. Und sie werden es kaum glauben, wer genau in dieser Zeit führende Positionen in der Jungen Union Thüringen innehatte: der jetzige Abgeordnete Dr. Mario Voigt als damaliger Landesvorsitzender und der heutige Abgeordnete Stefan Gruhner als sein 1. Stellvertreter. Da frag ich mich doch, wie man innerhalb von nur fünf Jahren vergessen kann, wofür man sich eingesetzt hat, meine Herren?

Übrigens: die damalige Stellungnahme der Linksjugend [solid] Thüringen wurde unterzeichnet von einer Kati Grund. Bei mir hat sich im Gegensatz zu Ihnen nicht die Auffassung, sondern nur der Nachname geändert. Aber vielleicht ist das genau der Grund warum Sie Mitglied der CDU sind und ich bei der LINKEN.“ ■

Kein Dulden, Ignorieren oder Verharmlosen von Vorurteilen

Der Thüringer Landtag hat im Rahmen einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow am 25. November den Thüringen-Monitor 2015 beraten. Hauptthema der im Juni erhobenen Umfrage war das Verhältnis zur DDR 25 Jahre nach ihrem Ende. Aus der Studie geht hervor, dass die Thüringer zwar im Großen und Ganzen zufrieden mit der Entwicklung in den vergangenen 25 Jahren sind, eine Mehrheit aber die Einheit für noch nicht vollendet, sondern weiterhin einen Angleichungsprozess für notwendig hält.

In ihrer Rede verwies die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, auf die Befunde, wonach die Hälfte der Befragten den Thüringer Asylsuchenden pauschal unterstellt, gar nicht verfolgt zu sein und nur aus wirtschaftlichen Gründen hier um Asyl nachzusuchen.

Willkommenskultur auch mit Leben füllen

Zugleich, und auch das geht aus dem Thüringen-Monitor hervor, „nehmen wir als Parlamentarier mit unserer Haltung und unseren öffentlichen Äußerungen maßgeblichen Einfluss auf die Einstellung der Thüringer Bürgerinnen und Bürger zu Asylsuchenden und Flüchtlingen. Deswegen ist es an uns, die allseits propagierte Willkommenskultur auch mit Leben zu füllen, Ängste zu nehmen statt zu schüren und an die erfreulicheren Befunde des Berichts anzuknüpfen. So sind immerhin mehr als die Hälfte aller Thüringer bereit, Asylsuchende in ihrer Nachbarschaft willkommen zu heißen.“

Die ohnehin schon besorgniserregend hohen Zustimmungswerte zu Vorurteilen in Bezug auf Langzeitarbeitslose sowie Obdachlose sind noch einmal gestiegen. Und es gibt immer noch gut 200.000 Thüringer, die antisemitische Thesen vertreten oder diesen zustimmen. „Diese Zahl ist seit Jahren stabil und es ist bislang nicht gelungen, hier wirksam an die Wurzeln dieser offenbar verfestigten Einstellungen zu gelangen“, so Susanne Hennig-Wellsow weiter. Entsolidarisierung als Folge gleich welcher Vorurteile wirke spaltend auf die Gesamtgesellschaft und schaffe einen Nährboden, auf dem Radikalisierung gedeihen könne. „Das Dulden, Ignorieren oder Verharmlosen von Vorurteilen ist daher kein Mittel, der Erosion demokratischer Werte und der Verbreitung antidemokratischer Ideologien entgegenzuwirken. Einen wichtigen Beitrag zum Gegenzusteuern kann und wird aber weiterhin das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit spielen, das wir in den kommenden Jahren fortentwickeln werden.“ Nachdem noch im letzten Jahr ein Rückgang rechtsextremer Einstellungen konstatiert wurde, ist für das Jahr 2015 ein massiver Anstieg auf 24 Prozent der Befragten zu verzeichnen. „Rechnet man das auf die Gesamtbevölkerung hoch, gilt je-



der vierte Thüringer als rechtsextrem eingestellt, das sind erschreckende 500.000 Thüringerinnen und Thüringer. Angesichts solcher Zahlen kann wohl niemand mehr bestreiten, dass dieses Land ein massives Rechtsextremismus-Problem hat und dass es sich nicht um ein Problem irgendwelcher Ränder handelt, sondern in der Mitte der Gesellschaft beginnt und auch hier behandelt werden muss“,

sagte die LINKE Landespolitikerin. Der aktuelle Thüringen-Monitor hat sich auch der Aufgabe angenommen, die in den Sozialwissenschaften seit Jahren gängigen Erklärungsansätze für Rechtsextremismus in Ostdeutschland wissenschaftlich zu überprüfen. Besonders wird die in der politischen Auseinandersetzung bequeme These eines „Rechtsextremismus als Erbe der DDR“ in den Fokus genommen. Susanne Hennig-Wellsow: „Ich möchte hier nicht falsch verstanden werden: Rechtsextremismus darf nicht relativiert, nicht verharmlost werden. Doch falsche Erklärungsansätze führen zu falschen

Reaktionen. Im Thüringen-Monitor wird der so genannte ‘verordnete Antifaschismus der DDR’, der ins Gegenteil umgeschlagen sei, als Erklärungsansatz kritisch hinterfragt. Insbesondere diese These wird von interessierter Seite bei politischen Debatten ins Feld geführt, das ist auch im Thüringer Landtag schon passiert. Der Monitor konstatiert zwar eine einseitige und damit ungenügende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der DDR, weist aber darauf hin, dass Befragungen aus den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung gezeigt haben, dass Ost-Deutsche weniger antisemitisch und weniger verharmlosend gegenüber dem Nationalsozialismus eingestellt waren.“

Unterschiede erst ab 1998

Auch der sogenannte „Prägesatz“, wonach frühe Erfahrungen mit einem autoritären, undemokratischen Staat in autoritären Persönlichkeitsstrukturen resultierten, wurde untersucht. Laut Thüringen-Monitor liefern Untersuchungen aus den Anfängen der 90er Jahre aber keine Evidenz für diese These, da sie keine höheren autoritären Einstellungen von Ostdeutschen im Vergleich zu Westdeutschen finden. „Erst – und das ist wichtig – ab 1998 sind solche Unterschiede festgestellt worden, was ‘einen Einfluss der Transformationsprozesse nach der Wiedervereinigung nahelegt’. Der Transformationsprozess sei mit dem ‘Verlust von vorherigen sozialen und biographischen Sicherheiten einhergegangen’ und habe den Menschen in Ostdeutschland ‘ein hohes Maß an Flexibilität, Neuorientierung und Anpassungsfähigkeit’ abverlangt“, zitierte die Fraktionsvorsitzende. ■

FRAKTION IN AKTION

Ausgeschlossen

„Dass die AfD-Fraktion ausgerechnet den Bundessprecher der Deutschen Burschenschaft, Torben Braga, als Praktikanten in den Innenausschuss entsendet, belegt erneut die Rechtsaußen-Verbindung der AfD unter Björn Höcke“, so MdL Katharina König. Braga ist Mitglied der Burschenschaft Germania Marburg.

Die Marburger Verbindung der Deutschen Burschenschaft gilt als äußerst rechts, führende Mitglieder weisen Verbindungen zur Neuen Rechten und zur Neonazi-Szene auf und wiederholt wurden Redner aus dem extrem rechten Umfeld ins Verbindungshaus geladen. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen war der DB-Sprecher aus der Sitzung des Innenausschusses im Thüringer Landtag am 19. November ausgeschlossen worden. ■

Koalition einigt sich auf Änderungen zum Doppelhaushalt

Nachdem die Regierungspartner mit ihren Fraktionen den Haushaltsplanentwurf 2016/17 beraten haben, einigten sich die Koalitionsfraktionen von LINKE, SPD und Grüne auf umfangreiche Änderungen. Der von der Landesregierung eingebrachte solide Haushaltsentwurf enthält viele wichtige politische Weichenstellungen der rot-rot-grünen Koalition. Allerdings müssen aufgrund der aktuellen Situation in Thüringen an der einen oder anderen Stelle noch Anpassungen erfolgen.

Nicht verwunderlich, dass insbesondere der Schulbereich eine noch größere Stärkung erfahren soll. Zu den 1.000 Neueinstellungen im Doppelhaushalt, der Fortführung der 100 Stellen für die Vertretungsreserve und den 100 Stellen für Deutsch als Zweitsprache im Jahr 2016 sowie 50



Stellen im Jahr 2017 kommen 2016 noch einmal bis zu 200 Neueinstellungen für die Beschulung von Flüchtlingskindern hinzu. Das Kontingent hierfür wächst im Jahr 2017 auf bis zu 300 finanzierte Stellen. Die dafür erforderlichen Mehrausgaben werden finanziert durch Einsparungen in

allen Res-

sorts. „Ich bin froh, dass es an dieser Stelle keine langen Diskussionen gab und wir uns schnell darauf einigen konnten, die Schulen in der aktuel-

len Situation weiter zu entlasten. Die Aufnahme der Kinder von Geflüchteten lässt eine Aufstockung des Lehrpersonals im Sinne eines guten und regulären Schulunterrichtes erforderlich werden“, sagte die LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. ■

Gesicht zeigen, Schweigen brechen

Am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, am 25. November, diskutierte der Thüringer Landtag auf Antrag der Linksfraktion in einer Aktuellen Stunde zum Thema „Nein zur Gewalt an Frauen – Thüringen zeigt Gesicht“. Unmittelbar vor der Landtagsdebatte hatte die Linksfraktion auf die an diesem Tag bundesweit stattgefundenen Aktion „Wir brechen das Schweigen“, das Hilfe-Telefon „Gewalt gegen Frauen“ (08000116016) aufmerksam gemacht.

„Thüringer Frauen sollen ermutigt werden, häusliche Gewalt nicht zu erdulden, sondern anzuzeigen. Angehörige, Nachbarn, Freunde und Menschen aus dem sozialen Umfeld sollen sensibilisiert werden“, hatte Karola Stange, die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, in ihrer Plenarrede betont und darauf verwiesen, dass dies selbstverständlich auch für geflüchtete Frauen gelte, „die möglicherweise bereits in ihrem Heimatland oder auf der Flucht sexuelle Übergriffe erdulden mussten oder andere Gewalt erlebt haben“. Dies erfordere auch die besondere Aufmerksamkeit der Sozialarbeiter in den Flüchtlingsunterkünften.

Die Abgeordnete weiter: „Die Zahlen sind erschreckend. Fast jede vierte Frau in Deutschland im Alter von 16 bis 85 Jahren hat mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren. In Thüringen werden jährlich ca. 3.000 polizeiliche Einsätze und Maßnahmen wegen häuslicher Gewalt durchgeführt, knapp 80 Prozent der Gewaltbetroffenen sind Frauen. Weit über 900 Frauen suchen jährlich die vier Thüringer Interventionsstellen auf und werden beraten. Allein im 1. Halbjahr

2015 sind zwei Tötungsdelikte im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt zu verzeichnen. Bei jedem vierten Täter der häuslichen Gewalt handelt es sich um einen Wiederholungstäter.

Die Thüringer Frauenhäuser gehen von konstanten Fallzahlen aus. Im Durchschnitt der zurückliegenden vier Jahre wurden knapp 500 Frauen mit durchschnittlich 430 Kindern aufgenommen.“ Gewalt an Frauen und somit auch an ihren Kindern dürfe nicht tabuisiert werden, jede Form

das Thema der Fortschreibung des Maßnahmenplanes gegen häusliche Gewalt endlich wieder aktiv bearbeitet wird“.

Zudem würden die Täterberatungsstellen ORANGE, die es bisher in Erfurt und in Gera gebe, durch zwei neue Beratungsstellen in Mühlhausen und in Meiningen verstärkt. Männer, die sich ihrer Gewaltbereitschaft stellen wollen, können an Einzel- und Gruppentherapien teilnehmen. In diesem Zusammenhang, so



psychischer, sexueller oder anderer physischer Gewalt zwischen erwachsenen Personen in häuslicher Gemeinschaft müsse geächtet werden.

Karola Stange hatte zudem auf den Koalitionsvertrag verwiesen und auf die dort festgehaltenen verlässliche Finanzierung der Hilfsstrukturen sowie klaren Rahmenbedingungen für Frauenhäuser, Interventionsstellen, Frauenzentren und Frauenberatungsstellen. In der Landeshaushaltsplanung werde entsprechend Wort gehalten. Und sie sei „froh, dass mit der neuen Gleichstellungsbeauftragten

Karola Stange weiter, sei es ihr wichtig zu betonen, „dass die Opfer- und Schutzgesichtspunkte in diesen Beratungen deutlich werden“.

Im Plenum hatte die LINKE-Politikerin „den vielen Frauen gedankt, die sich in Haupt- und Ehrenämtern, in Familienzentren, Frauenhäusern, Interventionsstellen, Selbsthilfegruppen und Vereinen in Thüringen den Sorgen und Nöten der Betroffenen konkret annehmen“. Dank gelte auch den Beamtinnen und Beamten der Polizei, die bei Fällen häuslicher Gewalt oft die ersten vor Ort seien. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Schüler- und Auszubildendenticket:

Mit dem am 25. November vom Landtag beschlossenen Antrag „Schüler- und Auszubildendenticket zügig einführen – Jugendliche und Eltern entlasten“ wurde die Landesregierung aufgefordert, zeitnah ein Konzept zur Einführung eines vergünstigten, thüringenweit einheitlichen Schüler- und Auszubildendentickets zu entwickeln. Einbezogen werden sollen die Vertretungen der Schüler und Auszubildenden, Eltern, Schulen und Berufsschulen, Verkehrsverbände und Verkehrsunternehmen sowie die Kommunen.

Arbeitsschutz:

Im Jahr 2014 hat es mit 8.645 Arbeitsunfällen, davon 13 mit tödlichem Ausgang, einen Zuwachs gegeben, so Ina Leukefeld, Arbeitspolitikerin der Linksfraktion, mit Blick auf den Thüringer Arbeitsschutzbericht. Die LINKE-Abgeordnete forderte mehr Überprüfungen. „2.132 überprüfte Betriebe stehen in keinem Verhältnis zur vierfachen Anzahl der Arbeitsunfälle. Das heißt auch, kein weiteres Personal im Bereich Arbeits- und Verbraucherschutz abzubauen.“

Hospiz- und Palliativversorgung:

Der Thüringer Landtag hat sich in seiner Sitzung am 26. November dafür ausgesprochen, die Hospiz- und Palliativversorgung in Thüringen zu stärken. Mit großer Mehrheit wurde ein entsprechender CDU-Antrag zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss überwiesen.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemittelungen/

NACHRICHTEN

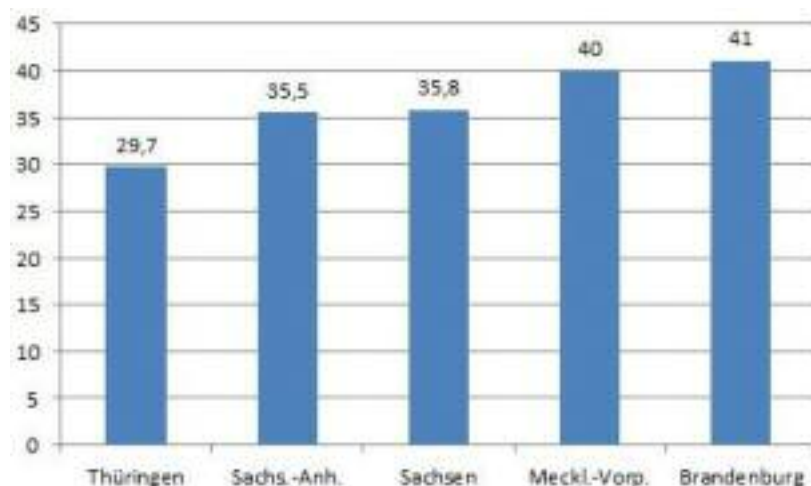
Arbeitslosigkeit in Thüringen prozentual am stärksten zurückgegangen

Von „der niedrigsten Arbeitslosenzahl seit der Wende“ in Thüringen berichtete am 29. Oktober die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit in einer Pressemitteilung. Für den Oktober konstatierte sie ein „Rekordtief“.

Ist die Euphorie gerechtfertigt?

Ein Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern macht tatsächlich deutlich, dass die Arbeitslosigkeit in Thüringen prozentual am stärksten zurückgegangen ist.

Verglichen wurde die Arbeitslosigkeit im Oktober 2015 mit dem ostdeutschlandweiten Höchststand im Februar 1998 (bei der Arbeitslosenzahl von Mecklenburg-Vorpommern im Februar 1998 wurde eine Schät-



zung – Ausgangspunkt: Jahresdurchschnitt 1998 – zugrunde gelegt).

Nur in Thüringen lag die Arbeitslosigkeit im Oktober 2015 bei weniger

als 30 Prozent des Höchststandes vom Februar 1998. (sw

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in diesem Jahr finden in der Zeit vom 16. bis 18. Dezember statt. Im Jahr 2016 startet der Landtag mit Sitzungen vom 27. bis 29. Januar. Weitere Sitzungen sind anberaumt am 24. und 25. Februar sowie am 16. und 17. März.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Chancen einer kommunal geprägten Energiewende

„Effizient – regenerativ – dezentral“ war das Motto der ersten Meininger Energiekonferenz, ausgerichtet von der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Die Vorbereitung wurde hauptsächlich durch das Wahlkreisbüro des energiepolitischen Sprechers der Fraktion, Steffen Harzer, getragen. Zusammen mit seinem Wahlkreismitarbeiter Holger Auerswald ist es gelungen, eine breite Palette fachlich versierter Vorträge zu organisieren. Weniger erfreulich für die Ausrichter war allerdings die niedrige Teilnehmerzahl, obwohl die Veranstaltung auch auf Grund eines mehrfach vorgetragenen Wunsches auf Regionalkonferenzen zustande kam.

Margit Jung, Landtagsvizepräsidentin und Mitglied des Fraktionsvorstandes, wies eingangs auf die Motivation für die Veranstaltung hin: „Die Erzeugungslandschaft in Deutschland und darüber hinaus ist großen Veränderungen unterworfen ist, d. h., Atomkraftwerke gehen bis 2022 vom Netz und was die Braunkohle angeht: Darüber werden unsere Kinder und Enkel hoffentlich auch bald nur noch aus den Geschichtsbüchern erfahren. Denn auch diese Anlagen sind hochgradig klimafeindlich

und müssen deshalb durch regenerative Energiequellen ersetzt werden.“

Ministerpräsident Bodo Ramelow berichtete, wie sich die rot-rot-grüne Landesregierung auf Bundesebene für eine faire Verteilung der Netznutzungsentgelte im Bundesgebiet stark mache, nicht zuletzt, weil hier Ungleichgewichte zwischen Ost und West aufgelöst werden müssten. Die Landesregierung setze ganz klar auf eine regenerative, verbrauchsnahe Energieerzeugung im Zusammenwirken von Stadtwerken, Thüringer Energie AG (TEAG) und Bürgern.

Dem Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz, Olaf Möller, zufolge birgt der Koalitionsvertrag große Chancen, die eingeleitete Energiewende in Thüringen erfolgreich weiterzuführen. Hierbei gebe es noch große Potenziale insbesondere bei der Energieeinsparung, die bereits von vielen Akteuren zu recht als der „schlafende Riese“ der Energiewende bezeichnet wird. Daher möchte das Ministerium die Gebäudesanierungsquote verdoppeln.

Ewald Woste sprach als Aufsichtsratsvorsitzender der TEAG, die seit dem letzten Jahr wieder mehrheitlich kommunal getragen wird. Investitionen in Höhe von fünf Milliarden Euro seien seit ihrer Gründung bisher in Energieinfrastruktur, insbesondere Netze, getätigt worden. Windkraft-, Photovoltaik-

und Wasserkraftanlagen nannte er beispielhaft für Erneuerbare Energieprojekte der „kommunalen Familie“.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke Meiningen, Rolf Hagelstange, thematisierte die Motivation von Stadtwerken für die Energiewende. Ihnen gehe es, im Gegensatz zu Bestrebungen der EU, den Strom- und Gasmarkt zu liberalisieren, in erster Linie darum, Stromversorgung nicht dem Markt und dem Wettbewerb auszusetzen. Das Interesse der Stadtwerke liege vorrangig in der kontinuierlichen Energieversorgungssicherheit.

Der Vortrag von Prof. Dr. Ilke Marschall von der Fachhochschule Erfurt hatte den etwas provokativen Titel „Landschaftsveränderungen durch den Klimawandel – Fluch oder Segen?“ An-

bietsleiters „Lärminderung bei Anlagen und Produktion“ beim Umweltbundesamt (UBA), Thomas Myck. Er wies darauf hin, dass auch Windkraftanlagen (WKA) strengen Prüfungen nach Immissionsschutzrecht unterliegen. Zudem leugne er keinesfalls das Vorhandensein von tieffrequenten Geräuschen, wie Infraschall, auch bei WKA. Entscheidend sei aber der entstehende Schalldruckpegel, der möglicherweise das krankmachende Moment sein könnte. Er sicherte zu, dass das UBA trotz der bereits vorhandenen Erkenntnisse weitere Studien in Auftrag geben wird. Damit bekennt es sich auch dazu, die Befürchtungen der Bürgerinitiativen ernst zu nehmen, die von der Unbedenklichkeit der Anlagen noch nicht ganz überzeugt sind.



Auf dem Podium (v.l.): Stefan Siegmund, WKN AG, Prof. Dieter Sell, Steffen Harzer, Moderator Sebastian Haak, Kay Kister, BI Heidelberg, Holger Sehr, BI Milda, Matthias Golle, BürgerEnergie Thüringen e.V., Prof. Ilke Marschall, Thomas Myck. Foto: Peter Lahn

hand einer Reihe von Fotos konnte die Landschaftsplanerin eindrucksvoll darlegen, dass spätestens mit Beginn der Industrialisierung eine massenhafte Überprägung der Kulturlandschaft einherging. So wurden durch die verschiedenen Formen der Energienutzung Landschaften immer verändert. Sie plädiert dafür, Sorgen und Ängste der Menschen aufgrund einer „Verunstaltung“ der Landschaft Ernst zu nehmen. „Naturschutz und kritische Bürger sollen als wichtige Korrekturfaktoren und Begleiter der Prozesse verstanden werden.“ Steffen Harzer beleuchtete in seinem Beitrag tiefgründig die Windenergie, die bereits einen langen Entwicklungsprozess durchlaufen hat. „Don Quichote war der erste Windkraftgegner der Geschichte.“

Besprochen wurden die Zielstellungen des Koalitionsvertrages zum Thema Energie insgesamt und der Stand der Erstellung eines Windkrafteerlasses der Landesregierung. Es sei zudem besonders wichtig, die Bürger zu ermutigen, die Energieerzeugung z.B. über Genossenschaften selbst in die Hand zu nehmen und sie damit an den Gewinnen partizipieren zu lassen. Beim Bau von Windkraftanlagen, welche für Menschen und Natur verträglich sein müssen, habe das Siegel „Partner für faire Windenergie“ eine große Bedeutung. „Infraschall – Wahrheit und Mythos“ war das Thema des Fachge-

Dies kam u. a. bei der Podiumsdebatte zum Ausdruck, an der Vertreter von Bürgerinitiativen teilnahmen, und wo sachlich Für- und Wider-Argumente ausgetauscht werden konnten. Prof. Dr. Dieter Sell von der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) ging u. a. auf die aus Thüringen jährlich abfließende EEG-Vergütung ein. Damit verbunden war der Wunsch, die Wertschöpfung aus den künftigen Projekten der Energiewende im eigenen Land zu lassen. An diesem Punkt waren sich offenkundig sowohl die Referenten als auch die Teilnehmer einig.

Dr. Barbara Glaß

Nebenbei Notiert

von Stefan Wogawa

Brandstifter

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Björn Höcke habe sich, so kommentiert der TLZ-Journalist Elmar Otto, „einmal mehr als geistiger Brandstifter erwiesen“. Während der Debatte zum Thüringen-Monitor 2015 unterboten Höcke und sein Stellvertreter Stephan Brandner – gegen beide ermitteln längst Staatsanwaltschaften – das AfD-Pöbelniveau nochmals.

Der Monitor, im Jahr 2000 nach dem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge von der damaligen CDU-Alleinregierung initiiert und seitdem von unabhängigen Wissenschaftlern der Friedrich-Schiller-Universität Jena erarbeitet, sei ein „linksideologisches Machwerk“, für das er, so Höcke wörtlich, „einen Holzofen“ habe. Über seinen Anknüpfungspunkt muss man nicht rätseln.

Ich gebe zu, dass ich parteiisch bin. Bei Professor Heinrich Best, dem von Höcke und Brandner im Plenum in unerträglicher Weise geschmähten wissenschaftlichen Koordinator des Thüringen-Monitors (seit 2012), habe ich studiert. Er lehrt seit 1987 Grundlagen und Methoden der empirischen Sozialforschung, hat ausweislich der Universitätshomepage 320 universitäre Lehrveranstaltungen an deutschen und ausländischen Hochschulen abgehalten.

Man könnte sagen, Höcke und Brandner machen sich mit ihren Auftritten nur selbst lächerlich. Das wird dem Geschehen aber nicht gerecht. Die Ausfälle der beiden gegen den Monitor hatten mit parlamentarischer Debatte nichts mehr zu tun, es handelte sich wohl eher um die sprachlichen Amokläufe zweier Hassprediger. Die AfD attackiert inzwischen Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Höckes Frage, was am Schwenken der schwarz-rot-goldenen Fahne denn falsch sei, lässt sich deshalb leicht beantworten: dass das 1848er Freiheitssymbol von einem Antidemokraten vor einem Millionenpublikum besudelt wurde. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.